VDW e.V. · Marienstraße 19/20 · 10117 Berlin

Berlin, 08. November 2021

Einladung zum Medienevent

Wie wir leben wollen

Technikfolgen von Digitalisierung, Vernetzung und künstlicher Intelligenz

Dienstag, 16.11.2021, ab 16:30 Uhr via Zoom oder in der Marienstraße 19/20, 10117 Berlin

Anlässlich der Veröffentlichung ihres Buches „Wie wir leben wollen – Kompendium zu Technikfolgen von Digitalisierung, Vernetzung und künstlicher Intelligenz“ lädt die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW e.V.) Sie herzlich ein am 16. November zu:

- **Pressekonferenz** (16:30-17:30 Uhr),
- **Hintergrundgesprächen** mit Autorinnen und Autoren (17:30-18:00 Uhr)
- **Diskussionsveranstaltung** im Rahmen von „Jung und Alt bewegt“ mit dem Titel: „Macht das noch Spaß oder tut das schon weh - gibt es ein Zuviel bei der Digitalisierung?“ mit Prof. Dr. Dr. h.c. Hartmut Graßl (18:00 - 19:45 Uhr).

Pressekonferenz: mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen geht es um das Thema

Deutschlands und Europas demokratische Unabhängigkeit im digitalen Zeitalter – Cybersicherheit und Resilienz von Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft

Hier werden von den Experten auch 10 Forderungen an die neue Bundesregierung für die Digitalisierungsagenda gestellt.

- **Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hartmut Graßl:** Co-Vorsitzender der VDW, em. Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie und langjähriger Direktor des Weltklimaforschungsprogramms in Genf
- **Alexander von Gernler:** Vizepräsident der Gesellschaft für Informatik
- **Prof. Dr. Klaus Peter Kratzer:** Professor für Informatik an der Technischen Hochschule Ulm
- **Dr. Jasmin S. A. Link:** assoziiertes Mitglied Forschungsgruppe Klimawandel und Sicherheit (CLISEC) und Centrum für Erdsystemforschung und Nachhaltigkeit (CEN) an der Universität Hamburg
- **Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé:** Professor für Sozialpolitik an der Alice Salomon-Hochschule Berlin

Moderation **Frank Schmiedchen:** Leiter der VDW Studiengruppe Technikfolgenabschätzung der Digitalisierung, Mitglied des Beirates der VDW

Anmeldungen bitte per Mail an: franziska.sauter@vdw-ev.de. Der Link für die virtuelle Teilnahme wird rechtzeitig vor der Veranstaltung versandt. Für Teilnehmende vor Ort gilt die 2G-Regelung.

Pressekontakt
Franziska Sauter; E-Mail: franziska.sauter@vdw-ev.de
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. ; Marienstraße 19/20, 10117 Berlin | Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56

Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) e.V.
Seit ihrer Gründung 1959 durch Carl Friedrich von Weizsäcker und weitere prominente Atomwissenschaftler ("Göttinger 18") fühlt sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) der Tradition verantwortlicher Wissenschaft verpflichtet. Sie nimmt Stellung zu Fragen von Wissenschaftsorientierung und Technologieentwicklung einerseits und aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu Themen wie Frieden & Abrüstung, Klima & Biodiversität, sozio-ökologische Transformation & soziale Gerechtigkeit, Digitalisierung & Gesellschaft sowie Whistleblowing andererseits. Mit den Ergebnissen ihrer Arbeit wendet sich die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler an die interessierte Öffentlichkeit und an Entscheidungsträger auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft. www.vdw-ev.de | VDW auf Twitter

VDW e.V. · Marienstraße 19/20 · 10117 Berlin

VEREINIGUNG DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER VDW VERANTWORTUNG DER WISSENSCHAFT

Berlin, 08. November 2021

Im Hinblick auf die laufenden Koalitionsverhandlungen steht auf der **Pressekonferenz** das Thema im Mittelpunkt:

Deutschlands und Europas demokratische Unabhängigkeit im digitalen Zeitalter

Cybersicherheit und Resilienz von Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft

Hierzu haben wir 10 Forderungen an die zukünftige Bundesregierung:

1. Die **Gestaltung digitaler Wertschöpfungsketten** im Sinne nationaler, digitaler Souveränität ist eine staatliche Aufgabe ersten Ranges („**Chefsache“**) und bedarf aufgrund der damit verbundenen geostrategischen Bedeutung einer **Einbeziehung aller betroffenen Ressorts**. Chancen und Gefahren der disruptiven Veränderungen im Rahmen der **vierten, industriellen Revolution** durch zunehmende vernetzte Automatisierung und Re-regionalisierung der Wirtschaft müssen frühzeitig erkannt, genutzt, bzw. aufgefangen und erfolgreiche Mechanismen für einen gesellschaftlichen Ausgleich eingeführt werden.

2. Die neue Bundesregierung muss aktiv unterstützen, dass deutsche Akteure sich verstärkt in **europäische und internationale Normungsprozesse** einbringen, um **europäische Werte und Interessen zu befördern** und zu verhindern, dass die Mitgliedsstaaten der EU später zur Einhaltung von anders gerichteten Vorgaben gezwungen werden. Die Definition und Durchsetzung technischer und ethischer Normen und Standards der EU gegenüber Wettbewerbern ist Voraussetzung für zukünftige Souveränität und die globale Einhaltung der Menschenrechte beispielsweise angesichts der Entwicklung automatisierter Waffensysteme.

3. Die erfolgreiche deutsche Wirtschaftsstruktur ist geprägt von innovativen, **kleinen und mittleren Unternehmen,** die oftmals **„hidden champions“** sind. Ihr **Schutz** kann auch die Abschottung kritischer Wertschöpfungsketten, vor allem aber nationale, bzw. EU-Kontrolle erfordern.

4. Eine **sozial gerechte Umsetzung des laufenden digitalen Strukturwandels** (vierte industrielle Revolution) und der Verteilung der digitalen Dividende sind Voraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz weiterer Digitalisierung und des Erhalts unserer Demokratie. Die neue Bundesregierung soll gemeinsam mit den Sozialpartnern Arbeitsmarkt, berufliche Bildung, Solidar- und Sozialsysteme zur Stärkung der gesellschaftlichen Kohäsion weiterentwickeln, ohne auf den Menschen entwertende Konzepte (z.B. Bürgergeld) zurückzugreifen.

5. Die neue Bundesregierung soll verstärkt umfassende **Technikfolgenabschätzungen** durchführen und gesellschaftlich diskutieren lassen, um detailliert zu überprüfen, welche Form weitergehender Digitalisierung gesellschaftlich wünschenswert ist. Digitalisierung ist nur dann gut, wenn sie z.B. in Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Arbeit, Soziales oder anderen gesellschaftlichen Bereichen nützt, bzw. zumindest nicht schadet. Grundsätzlich gilt: Es müssen von der Politik **aktiv alternative Handlungsoptionen geschaffen, bzw. gefördert und parallel weiterentwickelt werden**. Denn die Digitalisierung selbst ist ein pfadabhängiger Prozess, der umfangreiche Abhängigkeiten schafft, die Art zu entscheiden substantiell verändert und eine gefühlte Alternativlosigkeit suggeriert.

6. Die neue Bundesregierung muss den fortschreitenden **Missbrauch digitaler Medien**, insbesondere auch sozialer Netzwerke z.B. durch privatwirtschaftliche Unternehmen und ausländische Geheimdienste offensiv **bekämpfen** und den politischen, soziologischen und (sozial-)psychologischen Folgen solchen Missbrauchs durch Regulierung und **umfassende Förderung der Medienmündigkeit der Bevölkerung** entgegenwirken. Hierdurch kann die **freiheitlich-demokratische Grundordnung** auch **vor den Gefahren indentitärer Politik**, zunehmender Entsolidarisierung, Polarisierung und Genderisierung **geschützt** werden.

7. Eine radikale **Anpassung bestehender Sicherheitsmodelle** (von traditioneller Abschottung hin zu Zero-Trust-Architekturen) zum wirkungsvollen Schutz von Gesellschaft, Wirtschaft und Verkehrs- und Energie-Infrastrukturen werden durch die umfassende digitale Vernetzung ("megakritische Infrastruktur") **erforderlich**.

8. Ein wirksames Schutzkonzept muss immer auch **analoge Verteidigungslinien** definieren und **ständige Durchsetzbarkeit garantieren** (z.B. wo dies möglich ist, analoge Backup-Strukturen vorsehen). Pragmatische **ex-ante Prüfungen, ob kritische Prozesse überhaupt digitalisiert werden müssen**, sind zu gewährleisten und in das demokratische Verfahren der *Checks and Balances* zu integrieren.

9. Zur Beherrschung unvermeidlich zu erwartender Programmierfehler (ergo potenzieller Sicherheitslücken) müssen **operative Fähigkeiten des Risikomanagements** und ein wirksamer rechtlicher Rahmen (z.B.in Haftungsfragen) entwickelt werden.

10. Digital ist oft nicht nachhaltig! Die vermutlich zukünftige Bundesregierung versteht sich als Klimaregierung. **Konsequenter Klimaschutz muss auch für die weitere Digitalisierung gelten!** Energieeffizienz, die ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien und nachhaltige Wirtschaftskreisläufe sind Voraussetzung dafür, dass die weitere Digitalisierung nicht zusätzliche Klimaprobleme schafft.

Pressekontakt
Franziska Sauter; E-Mail: franziska.sauter@vdw-ev.de
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. ; Marienstraße 19/20, 10117 Berlin | Tel.: +49 (0) 30 21 23 40 56